

BastA!

Basels starke Alternative

WAHLEN

Regierungsratswahlen: BastA! schlägt SVP



Foto: František Matouš

Im ersten Wahlgang für die Regierungsratswahlen haben fünf KandidInnen das absolute Mehr erreicht. Eine positive Überraschung war, dass Elisabeth Ackermann gleich im ersten Wahlgang gewählt wurde und damit sogar die zwei Bisherigen Hanspeter Wessels und Baschi Dürr, die beide in den 2. Wahlgang müssen, überholte – eine starke Leistung!

Gross war auch die Überraschung, als sich abzeichnete, dass ich den SVP-Kandidaten mit über 800 Stimmen Vorsprung hinter mir liess. Eine Überraschung war es deshalb, weil die Signale vor der Wahl so widersprüchlich waren. In den letzten Wochen vor dem Wahlsonntag hatte ich den Eindruck, dass die WählerInnen auf der Strasse durchaus positiv auf die BastA!-Regierungsratskandidatur reagierten. Von den Medien kamen hingegen ganz andere Signale. Dort hatte ich das Gefühl, dass unser engagierter Wahlkampf zwar wahrgenommen, aber nicht erwähnt wurde, weil kaum jemand an einen möglichen Erfolg glaubte. Die Wahlumfragen, die

im Vorfeld publiziert wurden, verstärkten diese Tendenz.

Umso grösser ist nun die Freude über dieses Resultat, das nun durchaus Hoffnungen für den zweiten Wahlgang aufkommen lässt. Weil Hanspeter Wessels von der SP nochmals antreten muss und auch die Grüne Elisabeth Ackermann das Regierungspräsidium noch nicht auf Anhieb erreicht hat, müssen sich alle drei Parteien der 5er Liste nochmals engagieren. Wenn wir es auf der links-grünen Seite nun schaffen, zusammen zu stehen und geschlossen zu wählen, liegt der 5. Regierungsratssitz im Bereich des Möglichen!

Für BastA! ist die Kandidatur für den Regierungsrat schon heute ein grosser Erfolg – wir haben also nichts zu verlieren. Ich zähle nun auf eure Unterstützung in den wenigen Wochen bis zum 2. Wahlgang. Bitte meldet Euch doch beim BastA!-Sekretariat, wenn ihr mich mal ein paar Stunden beim Strassenwahlkampf unterstützen könnt.

Heidi Mück

Co-Präsidentin BastA!,
Regierungsratskandidatin

Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel

AZB
4005 Basel



Die Angst des Akademikers vor seiner Coiffuse



Atomausstieg



Privatisierung im Gesundheitsbereich stoppen!

20. November, 16:00

Nicht ohne unsere Freund*innen
Fest im Union für die Annahme aller namentlich eingereichten Härtefallgesuche.

27. November

Wahlen und Abstimmungen

Parolen:

Heidi Mück und Hans-Peter Wessels in die Regierung, Elisabeth Ackermann ins Präsidium

JA zum geordneten Atomausstieg

28. November, 19:00

Infoveranstaltung Bürgergemeinderat mit Beatrice Alder

Im BastA!-Sekretariat, Rebgasse 1

Siehe auch Seite 11

30. November

„Risiken und Nebenwirkungen der Privatisierung öffentlicher Spitäler“

Siehe Seite 10

06. Dezember

Koordination

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

Nr 04/2016

Redaktion: Franziska Stier, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Marianne Gloor, Till Kleisli

Layout: Till Kleisli

Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 / 691 16 31

Konto: PC 40-31244-5

„Linksrütschchen“ statt Rechtsrutsch



Foto: František Matouš

Die Freude nach dem guten Abschneiden bei den Grossratswahlen ist gross. Anstelle des prognostizierten Rechtsrutsches ist es zu einem „Linksrütschchen“ gekommen: Das Bündnis Grüne BastA! Jgb gewinnt einen Sitz, ebenso die SP. Damit wird klar, dass Basel dem nationalen Trend trotzt. In Basel bestätigt sich das Bedürfnis nach einer klaren linken Haltung.

Das linke Lager kommt neu auf 48 von 100 Sitzen. Die gewünschte linke Mehrheit haben wir verpasst, aber es wird nun etwas einfacher, Mehrheiten für soziale Anliegen zu erhalten.

Das gute Resultat und das gute bis sehr gute Abschneiden vieler BastA!-Kandidierenden ist kein Zufall. Uns ist es gelungen, mit der gemeinsamen Kampagne einige Schwerpunkte zu setzen, die für uns und unsere Wähler*innen von grosser Bedeutung sind: offene Grenzen, eine solidarische Gesellschaft, das Recht auf Wohnen und Freiräume für kommerz- und repressionsfreies Zusammenleben.

Gleich zu Beginn des Wahlkampfes zeigten wir mit der in Stacheldraht eingepackten Helvetia, die wir dann mit grossen Bolzenschneidern befreiten, in aller Deutlichkeit, was wir von Grenzen halten. Seien es die nationalstaatlichen oder die mentalen Grenzen, die viele davon abhalten, mutig für ihre Vision einer gerechteren Welt einzustehen. Es folgte die „Wunschbox“ bei der Sozialhilfe, mit der wir bei Kaffee und span-

nenden Gesprächen die Wünsche der Menschen hören und aufnehmen wollten, die in Politik und Medien kaum zu Wort kommen.

Zum krönenden Abschluss konnten wir den Traum vieler wenigstens für drei Stunden erfüllen: Unter dem Titel „s'alternative Drämli“ fuhren wir mit dem mit Blumen und Wahlplakaten dekorierten Gratis-BastA!-Tram durch Basel und konnten erfolgreich auf unsere Petition gegen die Verteuerung des U-Abo und der ÖV-Tickets aufmerksam machen. Ein Passagier brachte es auf den Punkt: „Alles wird teurer: Tramtickets, Wohnen und Krankenkasse. Nur der Lohn steigt nicht.“ Nicht zu vergessen sind auch die 30'000 Post-its, die wir zusammen mit den Grünen und dem jgb zur Schlussmobilisierung auf die Briefkästen verteilten.

GRATULATION



Wir gratulieren Beatrice Messerli, Tonja Zürcher, Daniel Spirgi und Beat Leuthardt ganz herzlich zur Wiederwahl in den Grossen Rat.

Trotzdem gibt es einen grossen Wermutstropfen: Wir (BastA!) sind nur noch mit vier Sitzen im Parlament vertreten. Das ausgezeichnete Abschneiden im Kleinbasel – die ersten vier Nachrückenden sind alle von uns – und auch die guten Ergebnisse im Westen lassen für die Zukunft hoffen.

Denn wir brauchen auch in Zukunft eine starke BastA!-Vertretung im Grossen Rat, die es uns ermöglicht, die Forderungen und kritischen Fragen der ausserparlamentarischen Bewegungen in den Politikbetrieb zu tragen. Denn wir wollen grundsätzliche Veränderungen. Dafür reicht das „Linksrütschchen“ nicht aus, es braucht Druck von unten!



Tonja Zürcher

Co-Präsidentin BastA!

Friedliche Atomenergie



Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz / Fotolib Jahrgang 1975

1945 zerstörten Atombomben die Städte Hiroshima und Nagasaki. In den 50er und 60er Jahren wollte die Schweiz selbst ein Atomstaat werden. Der Bundesrat und mit ihm das Schweizer Volk (!) beschlossen, eigene Atomwaffen zu produzieren. Bereits wurde überlegt, wo innerhalb der Landesgrenzen Atombombentests durchgeführt werden könnten.

Atomwaffen benötigen spaltbares Material, z. B. aus dem Abfall von Atomkraftwerken. Deshalb plante die Schweiz vor gut 50 Jahren hauseigene «friedliche» Atomkraftwerke. 1968 ging das Versuchs-AKW im waadtländischen

Lucens in Betrieb. Schon im Januar 1969 kam es dort zum GAU. Die Kernschmelze im Reaktor war nur deshalb für Mensch und Natur nicht so verehrend, weil sich das AKW Lucens unterirdisch im Berg befand.

Die Wende beginnt

Die Atomindustrie projektierte für die Schweiz zwölf Atomkraftwerke, darunter auch das AKW Kaiseraugst. Dagegen regte sich Ende der 60er Jahre erster Widerstand. Mutige Frauen und Männer aus der Region begannen, die Bevölkerung über die Gefahren der Atomkraft zu informieren.

Ich lebte damals 1974 als junger Mann in Basel. Ich sang meine Lieder in Jugendhäusern und kleinen Festivals. Nach einem Auftritt forderte mich ein Konzertbesucher auf, auch an ihren Anlässen gegen das AKW Kaiseraugst zu singen. Ich hatte keine Ahnung von dieser Thematik und las mich erst mal ein. Seither bin ich ein Gegner der Atomkraft.

Am Abend des 30. März 1975 klingelte in unserer WG das Telefon: Morgen Dienstag, am 1. April, würde das Gelände besetzt, um die soeben begonnenen Aushubarbeiten für das AKW zu stoppen. Es war kein Scherz. So packte ich am nächsten Morgen meine Gitarre und fuhr mit dem Zug nach Kaiseraugst. Durch Schneeregen und kalten Wind stapfte ich auf das Gelände, wo ein kleines Feuer brannte. Frierende Frauen und Männer standen drum herum und rieben die Hände. Das Wetter war wirklich hundslausig.



Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz / Fotolib Jahrgang 1975

Dann kamen die Bauarbeiter. Wir setzten uns auf die Baumaschinen und sagten ihnen, sie könnten wieder nach Hause fahren. Die Stimmung war locker, sogar als ein Herr im dicken Fellmantel erschien. Es war der Direktor der Kaiseraugst AG, Ulrich Fischer. Er forderte uns auf, die Besetzung sofort zu beenden, jeden Tag Verzögerung würde er uns mit 200'000 Franken in Rechnung stellen.

Immer mehr Menschen trafen ein. Was mich überraschte, es kamen nicht nur junge Leute, wie ich das von sonstigen Demonstrationen her kannte. Viele gehörten zur Generation meiner Eltern und Grosseltern. Das war neu für mich.

Illegal – legitim – real

Die Medien schrieben, wir seien Gesetzesbrecher und unsere Aktion werde scheitern. Klar, die Besetzung war illegal. Aber es gab damals kein demokratisches Mittel gegen den Bau. Die Besetzung war Notwehr. Die Notwehr einer ganzen Region gegen den nuklearen Wahnsinn einer Atomokratie.

Es war wohl das erste Mal in neuerer Zeit, dass Menschen aus derart unterschiedlichen Lebenszusammenhängen aufeinandertrafen, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Welten prallten aufeinander. Bürgerlicherseits waren Viele der Auffassung, die Besetzung sei ein symbolischer Akt, der denen in Bern einfach zeigen wolle, dass wir gegen dieses Kraftwerk seien. Die Linken hingegen betrachteten die Besetzung als reales politisches Druckmittel des zivilen Widerstandes, das mit der Forderung nach einem endgültigen Baustopp verbunden war.

In dieser ersten Woche organisierten wir eine Demo für folgenden Sonntag. Danach sollte entschieden werden, wie die



Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz / Fotolib Jahrgang 1977

Besetzung weitergeht.

Sonntag. Es kamen mehr, als wir in unseren kühnsten Träumen erhofft hatten. An die 20'000 Menschen strömten durch Matsch und Regen auf das Baugelände und beschlossen, die Besetzung fortzuführen, bis dass Bund und Atomlobby das AKW Kaiseraugst beerdigen. Die Besetzung dauerte elf aufregende Wochen, in denen die Besetzerinnen und Besetzer sich nicht auseinander spalten liessen. Das Resultat ist bekannt. Noch heute ist das AKW-Gelände Kaiseraugst eine Wiese und somit das sicherste Atomkraftwerk der Welt.

Atomausstieg JETZT!

Diese Besetzung von 1975 war der Beginn der Energiewende. Sie wurde «bereits» 36 Jahre später, also 2011, von Energieministerin Doris Leuthard offiziell verkündet. Ihre «Energiestrategie 2050» präsentiert den guteidgenössischen Atomausstieg, d.h. die AKW sol-

len gemütlich weiterlaufen bis sie irgendwann nicht mehr sicher seien.

Nicht mehr sicher? Das heisst für mich: Alle AKW sofort abschalten! Oder allerspätestens 2029! Deshalb muss die Atomausstiegsinitiative mit ihren präzisen Ausstiegsterminen deutlich angenommen werden, damit die Energiewende nicht nur symbolisch, sondern endlich real stattfindet.



Aernschd Born

ehem. Besetzer und heute Kurator der Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz, www.atomfrei.ch



Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz / Fotolib Jahrgang 1977

Wahlkampf – von verlogenen Plakaten und gefälschten Statistiken

Täglich lesen wir in den Zeitungen unterschiedliche Statistiken. Zunehmend dienen sie der Politik als Argumentation. Statistiken haben in Basel sogar schon den Weg auf die Wahlplakate der SVP gefunden.

Die SVP behauptet, dass 35% aller in Basel-Stadt begangener "Delikte" von SchweizerInnen und 65% von AusländerInnen begangen wurden. Ich auf die Suche nach dem Ursprung der Zahlen und fand schlussendlich in der Kriminalstatistik Hinweise darauf, wie diese Angaben zu Stande kamen. Die von der SVP propagierten Prozentzahlen stehen zwar nirgends in der Statistik, es gelang mir dennoch, die populistische Manipulation zu rekonstruieren.

Berechnung

Die Kriminalstatistik teilt AusländerInnen in drei Unterkategorien auf. Die Gesamtzahl der AusländerInnen setzt sich daher zusammen aus der ausländischen Wohnbevölkerung, der Asylbevölkerung und übrigen AusländerInnen.

Weiter teilt die Kriminalstatistik die Beschuldigten in vier Gesetzes-Kategorien auf. So kommt man auf die untenstehende Darstellung. Doch dabei sind die 65% nicht ersichtlich.

Um auf diese Zahl zu kommen, hat die SVP wahrscheinlich die absoluten Zahlen der angezeigten Straftaten zusammengesetzt und dabei AusländerInnen und SchweizerInnen im Verhältnis vergli-

chen. Diese Zahlen sind aber unvollständig, denn es für die Kategorie "Übrige Bundesgesetze" keine absoluten Zahlen angegeben. Dabei ist genau dort der höchste Anteil von SchweizerInnen anzutreffen. Wenn man die absoluten Zahlen der verbleibenden Kategorien in ein Verhältnis stellt, kommt man tatsächlich auf einen Ausländeranteil bei den Straftaten von 65%. Hinter dem Missbrauch der Zahlen steckt aber noch mehr als nur das Weglassen der Gesetzes-Kategorie mit dem kleinsten Ausländeranteil.

Ausländergesetz

Ironischerweise werden in dieser Berechnung die Verstösse gegen das Ausländergesetz miteinbezogen. Im Jahr 2015 sind nur 3% der Beschuldigten dieser Kategorie SchweizerInnen. Dies erstaunt nicht, denn als SchweizerIn gegen ein Gesetz zu verstossen, dass explizit für Nicht-SchweizerInnen und ihre spezielle Rechtslage entworfen wurde, ist eher unwahrscheinlich. Das Ausländergesetz hat in einer solchen Statistik nichts zu suchen, denn es verfälscht die Verhältnisse. Berechnen wir die Verhältnisse lediglich aus den Vergehen gegen das Strafgesetzbuch oder gegen das Betäubungsmittelgesetz, so kommen wir auf einen Ausländeranteil der beschuldigten Personen von 59%. Jedoch ist hier die Analyse noch nicht zu Ende, die 59% sagen uns nicht, dass mehr AusländerInnen gegen Gesetze verstossen, denn dabei muss immer auch analysiert werden, wie sich diese Zahl zusammensetzt.



Ausschnitt SVP-Plakat

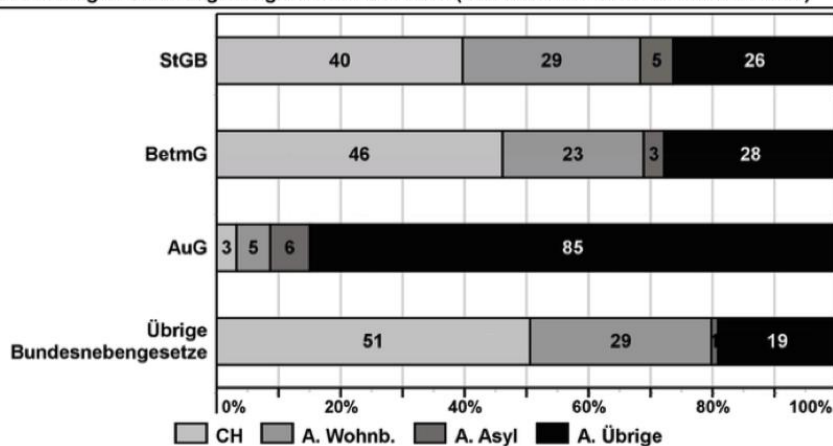
GrenzgängerInnen und TouristInnen

Die Kriminalstatistik schliesst unter AusländerInnen auch TouristInnen, GrenzgängerInnen, KurzaufenthalterInnen, und abgewiesene oder an der Grenze zurückgewiesene Asylsuchende ein. Dabei sollte in einer statistischen Analyse lediglich die ständige Schweizer Wohnbevölkerung mit der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung verglichen werden. Alles andere ist nicht wissenschaftlich und verfälscht die Aussagen markant. Diese Kategorie macht beim Strafgesetzbuch einen Anteil von 26%, beim Betäubungsmittelgesetz sogar 28% aus. Um eine tatsächlich repräsentative Statistik zu erhalten, müsste man diese Gruppen aus der Statistik herausnehmen.

Alters- und Geschlechtsunterschiede

Zusätzlich werden die Unterschiede zwischen der Schweizer und der ausländischen Wohnbevölkerung beinahe unbedeutend, wenn man die Alters- und Geschlechtsstruktur innerhalb der beiden Gruppen miteinbezieht. Die ausländische Bevölkerung hat einen höheren Männeranteil und mehr junge Menschen. In der Kriminalstatistik ist klar zu erkennen, dass Männer und junge Menschen vermehrt in der Statistik auffallen als Frauen und Menschen über 40. Dieser Trend ist unabhängig von Nationalität. Dass die Anteil der beschuldigten ausländischen Bevölkerung höher ist liegt also zu einem grossen Teil auch daran, dass sie im Durchschnitt jünger und männlicher ist.

Beschuldigte: Staatszugehörigkeit nach Gesetzen (CH/Ausländer nach Aufenthaltsstatus)



Stand der Datenbank: 11.2.2016

Quelle(n): BFS – Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2015

© BFS, Neuchâtel 2016

StGB (Strafgesetzbuch), BetmG (Betäubungsmittelgesetz), AuG (Ausländergesetz)

Weglassen wichtiger Informationen

Doch die Irreführung der SVP geht noch weiter, denn auf dem Plakat ist nirgends zu erkennen, dass die Zahlen den einer Straftat beschuldigten Personen entsprechen und nicht den dann auch tatsächlich verurteilten Personen. Dies ist sehr problematisch, beispielsweise wurden von allen Straftaten welche in den Bereich des Strafgesetzbuches fallen, lediglich 34% aufgeklärt, dennoch erscheinen alle 100% in der Statistik. Nicht jeder, dem eine Straftat vorgeworfen wird, ist auch schuldig. Aber für die SVP ist dies nicht wichtig, sie benutzt Angeklagte für ihre populistische Propaganda, wobei sie noch mehr Fremdenhass produziert und unseren Rechtsstaat, der von der Unschuld ausgeht, prinzipiell in Frage stellt.

Fazit

Die Analyse zeigt klar, Statistik ist nicht relevant solange sie falsch interpretiert ist. Nur weil man eine statistische Aussage machen kann heisst das nicht, dass diese auch der Wahrheit entspricht. Warum veröffentlicht die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt solche irreführenden Statistiken ohne jeglichen Interpretationshinweis? Und weshalb kann die SVP unbemerkt solche Fehlinformationen streuen? Ich würde mir wünschen, dass die Medien einer solche Verfälschung von Information durchschauen und beginnen die Kriminalstatistiken zu hinterfragen. Ebenfalls wäre es an der Zeit, dass das Bundesamt für Statistik beginnt, mehr Zusammenhänge zu untersuchen, anstatt irreführende deskriptive Statistiken zu veröffentlichen.



Raffaella Hanauer, Co-Präsidentin jgb



Ein Haus mit politischer Geschichte



Sonnenterrasse der Casa Egner; Foto Susanne Schreiber-Lechleiter

Auf einer Sonnenterrasse in Muralto, oberhalb von Locarno, mit fabelhaftem Weitblick von den Alpen über den Lago Maggiore bis weit nach Italien, besteht seit 65 Jahren eine kleine Oase mit politischem Hintergrund. In diesem Feriendomizil lohnt sich ein Besuch jederzeit - nicht nur der wunderschönen Lage wegen, sondern auch aufgrund der besonderen Geschichte.

Begründet wurde es vom antifaschistisch, politisch und gewerkschaftlich engagierten Ehepaar Emmy und Robi Egner anfangs der 50er Jahre, als sie zu Zeiten des Kalten Krieges ein faktisches Berufsverbot erhielten, und sich schliesslich, dank einer Erbschaft einen verlassenen Rebberg in der Südschweiz erwerben konnten. Dieser wurde vom „roten Gärtner“ sukzessive zu einem botanischen Garten umgestaltet, während die beiden alten Tessinerhäuser mit Hilfe von Freunden zu einfachen

Ferienwohnungen umgebaut werden konnten.

An diesem paradiesischen Ort gelang es den Egners ein nationales und internationales Netzwerk von BesucherInnen aus der Gewerkschafts-, Friedens-, Ökologie, Kultur- und Frauenbewegung aufzubauen.

Um dieses Aufbauwerk zu sichern ging die Liegenschaft mit ihrem Park an den 1994 gegründeten Verein Casa Egner über, der im Sinne der Ideen der GründerInnen gemeinnützig handelt und die Liegenschaft vor der Spekulation bewahrt. Die fünf Ferienwohnungen sind durch den Verein modernisiert worden und stehen allen Interessierten offen. So besteht weiterhin „ein Ort für fortschrittliche, kulturell, antifaschistisch oder ökologisch engagierte Menschen“, die hier „zu bezahlbaren Preisen in Ruhe auftanken und die herrliche Natur geniessen, sowie sich mit Gleichgesinnten austauschen können.“

www.casa-egner.ch

ZITAT**Unrecht tun und Unrecht dulden**

«Me-ti sagte: Wichtiger, als zu betonen, wie unrichtig es ist, Unrecht zu tun, ist es, zu betonen, wie unrichtig es ist, Unrecht zu dulden. Unrecht zu tun haben nur wenige die Gelegenheit, Unrecht zu dulden viele. Das Mitleid mit den andern, das nicht das Mitleid mit sich selbst ist, muss man für weniger zuverlässig halten, als das Mitleid mit sich selbst, das zugleich das Mitleid mit andern ist.»

Bertolt Brecht, Gesammelte Werke Bd. 2, "Me-ti - Buch der Wendungen" S. 473

Die Angst des Akademikers vor seiner Coiffeuse

Ist Ihnen auch schon aufgefallen, dass viele linke Intellektuelle die Haare lang tragen? Denken Sie nur an Karl Marx, Che Guevara oder Hans Saner. Gut, Mao und Adorno sind hier Ausnahmen. Aber ich kann Ihnen auch sagen, warum dem so ist: Intellektuelle fürchten sich vor ihrer Coiffeuse. Denn die Coiffeuse sagt Sätze, die den Akademiker aus dem Konzept bringen. Und was die Coiffeuse sagt, ist hundertfach verbürgt. Ihre Kundschaft ist gross. Sie spricht mit allen. Kurz: Sie verkörpert Volkes Stimme. Und wenn da so ein Intellektueller auf ihrem Coiffeurstuhl sitzt, stellt sie ihn auf die Probe.

Mit meiner Coiffeuse beispielsweise kann ich mich locker über die Zustände in der Türkei unterhalten. Wir sind uns einig. Erdogan ist ein skrupelloser Herrscher, der die Kurden unterdrückt und die Frauen entrechtet. Doch dann sagt sie unvermittelt den Satz: „Weisst du, das ist auch eine Frage der Mentalität. Sieh dir doch die jungen Türken hier in der Schweiz an: Die verhalten sich alle wie kleine Erdogans.“ Ich antworte spontan: „So pauschal kannst du das aber nicht sagen.“ Und schon hab ich ihr recht gegeben. Denn umgehend gibt sie mir recht: Auch sie kennt ein paar junge Türken, die ganz nett sind.

Meine Coiffeuse ist kein Fan von Christoph Blocher, aber ein bisschen recht hat er ihrer Ansicht nach schon. Auf meine Frage „womit denn?“ antwortet sie: „Sieh dir doch die EU an. Möchtest du wirklich Mitglied dieses Vereins sein?“ Ich entgegne: „Die Schweiz gehört doch zu Europa. Und als Mitgliedstaat könnten wir wenigstens mitbestimmen.“ Sie schaut mich schief an und kontert: „Das ist mir aber neu, dass die EU demokratisch funktioniert. Brüssel bestimmt doch alles.“ „Aber die Schweiz könnte doch Vorbild für eine demokratische EU der Regionen sein“, antworte ich. „Ach was“, sagt sie, „für Brüssel ist die Schweiz nur ein Fliegen-dreck auf der Landkarte.“

Meine Coiffeuse ist überzeugt, dass Hampe Wessels an fast allem schuld ist, was in Basel schief läuft. „Ist doch klar“, sagt sie, „wenn Parkplätze aufgehoben werden, gibt es mehr Suchverkehr in den Wohnquartieren. Findest du das ökologisch sinnvoll?“ „Nein“, antworte ich, „aber es geht doch darum, die Leute zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr zu bewegen.“ Ich ernte



Foto: CC0 Public Domain von pixabay.com

ein müdes Lächeln: „Du glaubst wohl noch an den Osterhasen.“ Und ich denke an die jährlich wiederkehrenden Staus am Gotthard, die niemanden davon abhalten, an Ostern mit dem Auto in den Süden zu fahren. Innerlich hab ich ihr schon wieder recht gegeben.

Meine Coiffeuse ist übrigens meist mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs. Und wenn da etwas schief läuft, beschwert sie sich per Mail bei den BVB, und zwar auf Baseldeutsch: „Hett's euch aigentlich ins Hirni gschneit?“ Und ergänzt: „Damit es die Verantwortlichen der BVB auch verstehen, hier noch auf Hochdeutsch: Hat es euch eigentlich ins Gehirn geschneit?“. Und wenn ich dann einwende, wir seien in Basel bezüglich öffentlichem Verkehr ja verwöhnt, sie solle nur ins nahe Ausland schauen, lässt sie auch das nicht gelten: „Wenn sie uns schon verwöhnen, dann richtig“, sagt sie. „Und überhaupt“, fügt sie hinzu, „in der Verwaltung sitzen fast nur noch Akademiker, viele aus Deutschland. Die haben doch keine Ahnung, was uns bewegt.“ Ich widerspreche nicht.

„Und das mit der AHV kann ja auf Dauer nicht gut gehen“, sagt meine Coiffeuse. „Wenn die Menschen immer älter werden und immer weniger Arbeitende deren Renten berappen müssen, da muss man kein Experte sein, da genügt es, Eins und Eins zusammenzuzählen, um zu wissen, dass das nicht aufgeht.“ Ich versuche ihr zu erklären, dass Produktivitätssteigerung und Wirtschaftswachstum da Gegensteuer geben, doch sie fällt mir ins Wort: „Ausgerechnet du willst mir weismachen, dass die Wirtschaft stetig wächst?! Schau dir doch die Banken an, die haben aus dem grossen

Crash nichts gelernt. Die nächste Krise kommt bestimmt, und dann müssen wir Steuerzahler wieder die Zeche blechen, und die Manager werden mit einem goldenen Fallschirm belohnt.“ Ich bin platt. Den Satz hätte eigentlich ich sagen müssen.

Meine Coiffeuse steht weder links noch rechts. Sie geht durchs Leben, spricht mit vielen Menschen und bildet sich eine Meinung, geprägt von einem tiefen Misstrauen gegenüber allem, was „von oben“ kommt. Ihr ist es nicht so wichtig, ob dieses „Oben“ nun rot-grün oder schwarz oder gelb ist. Sie ist überzeugt, dass „Die da oben“ in erster Linie ihre eigenen Interessen verfolgen und sich nicht gross darum kümmern, wie es denen am unteren Rand der Gesellschaft geht. Und Hand aufs Herz: Hat sie damit nicht weitgehend recht?

Wenn ich den Coiffeursalon verlasse, dann oft mit dem unguuten Gefühl, vor „Volkes Stimme“ kapituliert zu haben. Dabei ginge es doch gerade darum, mit den Coiffeusen ins Gespräch zu kommen, ihre Anliegen zu verstehen und in die Politik einzubringen. Wenn wir vermeintlich Besserwissenden das nicht schaffen, wie wollen wir dann die Gesellschaft verändern? Darum rate ich allen linken Intellektuellen: Lest ein Buch weniger, und besucht dafür öfters eure Coiffeuse!



Ziviler Ungehorsam – ein Bisschen Wärme in Zeiten politischer Kälte



Frankfurt, Blockupy 2015 während der Eröffnung der Europäischen Zentralbank, CC Franziska Stier

Wenn wir heute an zivilen Ungehorsam denken, denken wir oft an die indische Unabhängigkeitsbewegung und Mahatma Gandhi, aber auch an Martin Luther King oder Rosa Parks, die sich 1955 weigerte ihren Platz im Bus einem weissen Mann zu überlassen und anschliessend wegen Störung der öffentlichen Ruhe verhaftet wurde. Ihr Einsatz war ein Meilenstein die Rassentrennungsgesetze aufzubrechen.

Was für unsere heutige Zivilgesellschaft eine Selbstverständlichkeit ist, sorgte noch vor 60 Jahren für breite Empörung.

Viele wirksame Aktionen reihen sich in den "zivilen Ungehorsam" ein, darunter Feldbefreiungen gegen gentechnisch veränderte Pflanzen, (wilde) Streiks und nicht zuletzt die Blockaden gegen Atom- und Mülltransporte oder den Bau von Atomkraftwerken, wie in Kaiseraugst.

In der jüngeren Vergangenheit sorgte die Aktion „Castor schottern“ (2011), bei der das Gleisbett für den Castortransport unbefahrbar gemacht wurde für Aufsehen. Auch Occupy Wallstreet und schliesslich die Blockupy-Bewegung gegen die Europäische Troika mobilisierten tausende.

Diesen Aktionen ist gemein, dass nicht

nur eine (selbsternannte) politische Elite demonstriert, sondern dass die Aktionen auch von der Zivilgesellschaft getragen werden. Im Wissen einen Rechtsbruch zu begehen, aber eine deutlich grössere Ungerechtigkeit oder Gefahr nicht (mehr) mittragen zu wollen, beziehungsweise zu verhindern.

Dabei verändern diese Aktionen des zivilen Ungehorsams nicht nur den Einzelfall, sondern greifen auch in den gesellschaftlichen Diskurs ein und verändern ihn. Was zeitgenössisch zu Verletzungen und zu rechtlichen Sanktionen führt, kann wenige Jahre später andere Werthaltungen in die Gesellschaft getragen haben. So würden wir ohne den breiten, aber auch radikalen Kampf gegen das AKW Kaiseraugst heute kaum über den Atomausstieg abstimmen und ohne den Landesstreik 1918 möglicherweise deutlich länger arbeiten.

Für weniger Aufsehen aber nicht weniger wichtig sind die vielen Einzelaktionen, die aktuell von FluchthelferInnen geleistet werden. Darunter das prominente Beispiel der SP-Politikerin Lisa Bosia Mirra und der öffentliche Aufruf Tamara Funicellos, aktiv Fluchthilfe zu leisten. Während juristisch nicht zwischen Schleppern und FluchthelferInnen unterschieden wird, ist die Intention, die die Menschen bewegt, sehr wohl verschieden.

Ihre Zivilcourage bleibt nicht folgenlos. Aktuell herrscht politisch ein raues Klima um die Frage nach Asyl, denn Personenfreizügigkeit soll den Menschen mit dem „richtigen“ Pass vorbehalten bleiben. Umso wichtiger ist dieser humanistische Ungehorsam, gegen ein menschenverachtendes System - in der Hoffnung, dass wir in weniger als 60 Jahren auf diese Zeit zurückblicken und es absurd finden, dass wir mit Zäunen Menschen aufhalten wollten.



Franziska Stier
Aktivistin, Sekretärin BastA!

Verselbständigung – Wettbewerb – Privatisierung

Der Privatisierungsdruck nach der Auslagerung der öffentlichen Spitäler und nach der Einführung der Fallpauschalen forderte im Kanton Baselland das erste Opfer: Die Frauenklinik Bruderholz des KSBL wurde per 1. Februar 2016 ans Bethesda-Spital wegprivatisiert. Die Leidtragenden sind vorerst die Angestellten, aber ganz klar auch die zukünftigen PatientInnen. Die Versorgungssicherheit ist in Frage gestellt, und die Oberaufsicht durch den Landrat hat sich als Farce entpuppt.

Mit der neuen Spitalfinanzierung haben die Privatspitäler gleich lange Spiesse erhalten, sind auf Expansionskurs und übernehmen die für sie lukrativen Bereiche der öffentlichen Spitäler, ohne die kostenintensiven Angebote der öffentlichen Spitäler wie Notfall, Intensivmedizin etc. anzubieten. Wenige Jahre nach der Auslagerung der öffentlichen Spitäler wurde unsere damalige Befürchtung – das Risiko der Privatisierung – zur vollendeten Tatsache.

Unter dem starken Druck durch die Finanzierung über Fallkostenpauschalen sind die öffentlichen Spitäler gezwungen, sich auf die ertragreichen Bereiche zu konzentrieren, dazu gehört die Geburtshilfe definitiv nicht. Kombiniert mit Eigeninteressen des Chefarztes der Frauenklinik, David Hänggi, der früh öffentlich mitteilte, er und das ganze ÄrztInnenteam würden ans Bethesda wechseln, kam eine Dynamik in Gang, die nicht mehr aufzuhalten war. Die Frauenklinik Bruderholz wurde per 1. Februar 2016 geschlossen.

Privatisierung: Rentabilität kommt vor Gesundheit

Die Frauenklinik Bruderholz wies jährlich rund 700 Geburten aus, und sie war der Überlauf für die Geburtsabteilung des USB, sie führte eine Neugeborenenüberwachungsstation und konnte auch komplexe Geburten durchführen. Die Privatisierung wird mit Sicherheit zu Leistungsabbau führen: Das Bethesda wird nicht die jährlich rund 700 Geburten der Frauenklinik Bruderholz leisten können, es führt keinen kostenintensiven Notfall, keine Intensivmedizin, und somit auch keine Neonatologie. Dazu



kommt: Das Bethesda hat eine Kaiserschnitttrate von 45 Prozent, was extrem hoch ist für ein Spital ohne komplexe Geburten. Die „Tageswoche“ vom 3.11.2015 zeigte auf, was der Grund dafür ist: Die Geburtshilfe ist eigentlich ein kaum kostendeckender Bereich. Mit Kaiserschnitten hingegen schon. Damit verdient das Bethesda deutlich mehr Geld als mit normalen Geburten. Kaiserschnitte sind in der Tagschicht planbar, sie sind von kürzerer Dauer als eine natürliche Geburt und sind somit weniger personalintensiv, und da es eine Operation ist, fliesst mehr Geld. Das Bethesda Spital mit seinem christlichen Hintergrund setzt Mütter und ihre Kinder gesundheitlichen Risiken durch unnötige Operationen aus, damit die Geburtshilfe rentabel ist. Die Privatisierung der öffentlichen Frauenklinik bedeutet somit nicht nur ein Risiko für die Versorgungssicherheit, sondern auch einen massiven Qualitätsabbau mit gesundheitlichen Risiken für die Gebärenden und die Neugeborenen.

Wo bleibt die demokratische Kontrolle über die Gesundheitsversorgung?

Gemäss den Spitalgesetzen beider Kantone haben die Parlamente die Oberaufsicht über die öffentlichen Spitäler. Die Spitalgesetze beider Kantone lassen es zu, dass einzelne Betriebsbereiche in rechtlich eigenständige Einheiten überführt, sprich privatisiert werden. Dies bedarf aber lediglich der Genehmigung durch den Regierungsrat. Bei diesem Konstrukt können die Parlamente ihre Oberaufsicht mit dem Ziel der Versorgungssicherheit, welche die Kantone zu gewährleisten haben, nicht wahrnehmen.

Laut Spitalgesetzen legen die Regierungsräte auch fest, welche Spitäler und

Geburtshäuser auf die Spitalliste kommen und was in den Leistungsaufträgen steht. Eine der Bedingungen für die Aufnahme auf die Spitalliste ist „die Einhaltung von Qualitätsstandards“. Sind die Qualitätsstandards eingehalten, wenn eine Geburtsklinik aus Rentabilitätsgründen eine viel zu hohe Kaiserschnitttrate hat? Gehört die Geburtsabteilung des Bethesda überhaupt auf die Spitalliste? Kann der Regierungsrat mit einem Vorstoss im Parlament dazu verpflichtet werden, einem Spital eine Kaiserschnitttrate vorzuschreiben, wie sie die Weltgesundheitsorganisation als medizinisch notwendig betrachtet? Oder sind in Zukunft die rund 700 Frauen, die bisher auf dem Bruderholz geboren haben, der Profitlogik des Bethesda ausgesetzt?

Angesichts dieser Entwicklungen steht für mich fest: Die Forderungen nach Rückführung der Spitäler in die Kantone und nach dem Ausstieg aus der Finanzierung über Fallpauschalen müssen aufgenommen und diskutiert werden. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung dem Diktat der Profitmaximierung unterworfen wird.



Marianne Meyer,
Gewerkschaftssekretärin vpod Region
Basel

Gewinnbringende Spitalfusion?

Seit dem 16. August 2016 ist die Vermutung einer Spitalfusion der grossen Kantonsspitäler Baselland und Basel-Stadt bestätigt. Wie der Ablauf sein wird und was es genau für die Angestellten und den Gesundheitsbereich in den Kantonen Basel-Stadt und Baselland bedeutet, weiss niemand genau, auch nicht die Entscheidungsträger.

Die fusionierten Spitäler sollen die Rechtsform einer „gemeinnützigen Aktiengesellschaft“ erhalten. Im OR (Art. 620 ff.) wird dieser Begriff im Zusammenhang mit einer AG nicht erwähnt. Gleichzeitig existiert der Begriff der Gemeinnützigkeit im Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Art. 80ff.) unter anderem bei Stiftungen und Non-Profit Organisationen, welche durch die Auflage, nicht gewinnbringend und gemeinnützig zu sein, eine Steuervergünstigung erhalten. Also ist die neue Spitalgruppe rein rechtlich eine reguläre Aktiengesellschaft, die mit steuerlichen Vergünstigungen rechnen kann.

Entscheidend für diese Spitalfusion war unter anderem das angebliche Einsparpotenzial von 70 Millionen Franken pro Jahr. Beim Kanton würde jedoch nur ein Plus von 10 Millionen Franken verbucht.

Offen bleibt wohin die übrigen 60 Millionen "Sparpotenzial" hinfließen. Die neoliberale Marschrichtung des Gesundheitswesens lässt erahnen, dass es nicht die PatientInnen sein werden.

Was ökonomisch verlockend klingt, hinterlässt fragende Gesichter. Was bedeuten Fusion und Privatisierung konkret für das Personal in den Spitälern oder für die Patientinnen und Patienten?

Fusion und Privatisierung müssen getrennt betrachtet und diskutiert werden, doch steht aktuell beides unter neoliberalen Vorzeichen. Wir erleben einen kontinuierliche Verschlechterung Arbeitsbedingungen. Sparmassnahmen werden in der Regel vor allem von den Angestellten getragen. Dazu kommt der ständig wachsende Druck im Arbeitsalltag.

Die Marschrichtung unserer Spitäler lautet: „Immer höhere Profite müssen generiert werden“. Wer ein Gesundheitssystem fordert, das den Menschen im Blick hat und ohne Profite auskommt, geht nicht mit der Zeit und wird als Traumtänzer belächelt. Dabei verkommt das Banalste, die Sorge um und für den Menschen beinahe zu einer Utopie für unsere Gesellschaft.

*Vanessa von Bothmer
Gewerkschaftssekretärin vpod Region
Basel*

Risiken und Nebenwirkungen der Privatisierung öffentlicher Spitäler

Seit einigen Jahren ist der Gesundheitsbereich im Umbruch. Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens schreitet voran und hat mit der Einführung der Fallkostenpauschalen im Jahr 2012 zusätzlichen Schub erhalten. Kürzlich haben die Kantone Basel-Stadt und Baselland die Pläne für eine Fusion der öffentlichen Spitäler bekannt gegeben. Die Fusion an sich ist kaum umstritten. Auf Widerstand hingegen stossen die gleichzeitig geplanten Privatisierungsschritte.

- Was bedeutet dies für die Patientinnen und Patienten?
- Müssen wir es hinnehmen, dass die Gesundheitsversorgung zunehmend von der Profitlogik dominiert wird?
- Wer profitiert von dieser Entwicklung, wer verliert?

Diese und andere Fragen wollen wir an der Veranstaltung mit Fachleuten aus beiden Basel diskutieren. Ihr seid herzlich eingeladen.

Wann?

Am Mittwoch, 30 November 2016 / 19:30 Uhr

Wo?

Im „Unternehmen Mitte“, Salon 1. OG
Gerbergasse 30, Basel

Referentinnen

Anna Sax ist Gesundheitsökonomin, Dozentin und Publizistin. Sie beschäftigt sich seit vielen Jahren unter anderem mit der Spitalfinanzierung und ihren Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung.

Sandra Ebnetter ist Pflegefachfrau und übt ihren Beruf gerne aus. Doch die Ökonomisierung des Gesundheitswesens hat auch den Pflegebereich erfasst. Was das für Auswirkungen hat, wird sie uns an der Veranstaltung erzählen.

Kosten?

Keine / Der Eintritt ist frei.

KARIKATUR VON UDO THEISS



Pflege nicht als Kostenfaktor betrachten

Interview mit der Pflegefachfrau Sandra Ebnetter. Die Fragen stellte Martin Flückiger.

Du bist eine junge Pflegefachfrau. Was gefällt Dir an diesem Beruf? Weshalb hast du diese Ausbildung gewählt?

Pflege ist ein spannendes und vielseitiges Arbeitsfeld, in dem Kommunikation und soziale Fähigkeiten, medizinische Kenntnisse und Organisation gefragt sind, aber auch ethische Fragen aufkommen. Und ich behaupte mal, es gib definitiv weniger sinnvolle Berufe als diesen.

Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens schreitet voran und hat mit der Einführung der Fallpauschalen noch Aufwind bekommen. Ist diese gesellschaftliche Entwicklung auch im Pflegebereich spürbar und wie wirkt sie sich da aus?

Das Fallpauschalen-System bewertet die Pflege als Nebenkosten und nicht, wie z.B. den ärztlichen Dienst, als Gewinnerbringer. Die Pflege ist also auf der falschen Seite der Budgetrechnung! Spürbar sind die Konsequenzen z.B. im sukzessiven Abbau beim Pflegepersonal bei gleichzeitiger Zunahme der administrativen Arbeiten und Steigerung des Durchlaufs an betreuten Menschen, und infolge dessen natürlich mehr Stress und das Gefühl, den PatientInnen nicht gerecht zu werden.

Ideal und Wirklichkeit stimmen nie ganz überein. Trotzdem die Frage: In welche Richtung müsste sich das Gesundheitswesen entwickeln, damit du sagen könntest: So stelle ich mir meine Tätigkeit als Pflegefachfrau vor, so fühle ich mich in meinem Beruf wohl?

Ich möchte, dass Gesundheit als Recht für alle und nicht als Ware verstanden wird. Spitäler sollen nicht als (gewinnorientierte) Unternehmen geführt und Behandlungsentscheide nicht aufgrund ökonomischer Kriterien gefällt werden.

Ich möchte, dass die Pflege nicht als Kostenfaktor, sondern als eigenständiger professioneller Teil des Heilungsprozesses bewertet wird. Dazu gehört für mich auch, dass ich nicht als Assis-



Pflege am Limit, Illustration: ver.di

tentin des ärztlichen Dienstes wahrgenommen werde, sondern die Kompetenzen, die ich de facto habe und nach denen ich handle, auch rechtlich zugesprochen bekomme.

Und natürlich möchte ich genügend Zeit haben, um die mir anvertrauten Menschen ohne Stress und nach ihren Bedürfnissen betreuen oder pflegen zu können, anstatt meine Patientengespräche durch 7 Standardfragen strukturieren zu müssen.

Konkret bedeutet dies: Abschaffung der Fallpauschalen, keine Privatisierungen und Wettbewerbsförderung zwischen den Spitalern, kein veraltetes Pflegeverständnis, sondern Abbau der Hierarchie zwischen Pflege und ärztlichem Dienst, eine realistische Finanzierung der Pflege durch Anpassung des KVG – und selbstverständlich mehr Gesundheitspersonal.



*Martin Flückiger
ehem. Parteisekretär BastA!,
Vorstandsmitglied Gesundheit für alle*

Die Bürgergemeinde der Stadt Basel erbringt mit ihren Institutionen Bürgerspital Basel und Bürgerliches Waisenhaus sowie mit über 1500 Mitarbeitenden vielfältige, überwiegend soziale und gemeinnützige Dienstleistungen für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Basel.

Das Parlament, der 40-köpfige Bürgergemeinderat, ist das oberste Organ. Es erteilt und überwacht vor allem die Leistungsaufträge mit den entsprechenden Globalbudgets der Institutionen Bürgerspital Basel und Bürgerliches Waisenhaus sowie der Zentralen Dienste und der Christoph Merian Stiftung.

Der Bürgerrat ist das oberste leitende und vollziehende Organ. Die sieben Mitglieder des Bürgerrates stehen den Leitungsgremien der Institutionen und der Zentralen Dienste, der Einbürgerungskommission und der Kommission der Christoph Merian Stiftung jeweils als Präsident/-in und Statthalter/-in vor.

Die Bürgergemeinde stellt zudem die Aufsicht über die Christoph Merian Stiftung sowie über die Basler Zünfte und Gesellschaften sicher.

Einbürgerungen bilden eine weitere zentrale Aufgabe der Bürgergemeinde. Seit Jahren wird eine ebenso aufgeschlossene wie gewissenhafte Einbürgerungspolitik gepflegt.

Die Zentralen Dienste im Stadthaus unterstützen als Stabsstelle sämtliche politischen Organe. Sie sorgen ebenfalls für einen reibungslosen Ablauf der Einbürgerungsgesuche und erbringen weitere Dienstleistungen für die Institutionen und die Bürgerschaft. Das Vermögen der Bürgergemeinde sowie verschiedener Stiftungen wird ebenfalls im Stadthaus bewirtschaftet.

Eine traditionelle Aufgabe der Bürgergemeinde ist die Waldpflege bzw. der Naturschutz. Verschiedene eigene Waldungen, unter anderem die Birsfelder Hard, sowie Waldungen von Dritten mit insgesamt 700 Hektar, werden vom zertifizierten Forstbetrieb nachhaltig ökologisch bewirtschaftet. (Text: Broschüre der Bürgergemeinde)

Bürgergemeinderatswahlen

Falls du dich für eine Kandidatur bei den Bürgergemeinderatswahlen interessierst, komm doch am 28. November um 19:00 ins BastA!-Sekretariat zur Infoveranstaltung mit der amtierenden Bürgergemeinderätin Beatrice Alder.

Ein halbes Jahr im grossen Rat

Aus dem ersten Vierteljahr im GR ist plötzlich ein halbes Jahr geworden. Doch hat sich etwas verändert? Die Nervosität hat einer gewissen Gewohnheit Platz gemacht, auch wenn noch lange nicht alle Abläufe klar sind und ich gewisse taktische und strategische Überlegungen noch nicht wirklich verinnerlicht habe.

An den Tagen vor dem Grossen Rat geht es mir ähnlich wie jetzt; wie sollen meine Voten aussehen, was ist wesentlich, was lasse ich lieber weg und wo ist es sinnvoll etwas schärfer zu sein? Die Fragen lassen sich leicht auch auf das Schreiben eines Berichtes aus dem Grossen Rat übertragen, denn auch hier muss ich mir überlegen, was interessieren könnte und was nicht:

Der Ausflug des Grossen Rates aufs Schilthorn und wer sich als grösster James Bond Fan geoutet hat oder die Menge an Bier, die auf der Rückreise geflossen ist?

Die Menge an Interpellationen, Anzügen

und Motionen, die noch schnell eingereicht wurden und die wahrscheinlich dem Wahlkampf geschuldet sind und möglicherweise nicht alle als gleich relevant zu bezeichnen sind?

Die Kasernendiskussion und der Entscheid, der längstens bekannt ist und auch bekannt ist, dass von bürgerlicher Seite bereits ein Referendum gegen diesen Entscheid lanciert wurde?

Sicher ist, die letzte Sitzung im September war eine Mammut Sitzung, denn am ersten Tag sind wir gerade einmal bis zum Traktandum 8 gekommen, welches allerdings bei den meisten auch auf das grösste Interesse stiess - der Ratschlag zum Umbau der Kaserne und die jeweiligen Berichte der Mehrheit und Minderheit der Bau- und Raumplanungskommission, der Bildungs- und Kulturkommission und die Aussagen der jeweils zuständigen Regierungsräte Hans Peter Wessels und Guy Morin.

Das Kopfschütteln über die Aussagen der jeweils anderen Partei waren bei den einen ausgeprägter als bei den anderen, aber das Unverständnis über die Voten

der beiden Seiten waren jeweils deutlich sichtbar. Aber letztendlich hat der Rat einem Umbau zugestimmt, wenn auch nicht alle mit der gleichen Begeisterung. Trotzdem ist klar geworden, dass ein weiteres Warten auf neue Vorschläge keine Option sein kann. Die Gegner der Vorlage hatten keinerlei Ideen vorzuweisen und konnten darum auch nur sagen: Diesen Umbau wollen wir nicht! Wen das an eine bestimmte Figur der frühen Kinderliteratur erinnert...!

Dank einer Nachtsitzung - meiner ersten - bis kurz nach 23.00h konnten die restlichen Geschäfte dann ebenfalls noch erledigt werden - Mammut Sitzung eben!



Beatrice Messerli, Grossrätin

WAHLEN

Heidi Mück in den Regierungsrat

Es besteht die Chance zu einer historischen Wahl für Basel. Mit Heidi Mück und Hans-Peter Wessels geht es dabei um mehr als die sozialverträglichere Verwaltung Basels und solidere linke Mehrheitsverhältnisse. Wir wollen Bewegung in die Regierung bringen und

politische dazu beitragen, dass auch Stimmen auf der Strasse in der Regierung gehört finden.

Regierungspräsidium

Für das Regierungspräsidium empfiehlt BastA! Elisabeth Ackermann.

Achtung Abstimmung!

Die Abstimmung zum Atomausstieg findet gleichzeitig statt, die Wahl- und die Abstimmungszettel müssen aber separat, in ihren jeweiligen Couverts, abgeschickt werden, sonst sind beide ungültig.

Hans-Peter Wessels

wieder in die Regierung

Heidi Mück

in die Regierung

Elisabeth Ackermann

ins Regierungspräsidium

jetzt
rot-grün
wählen

www.baselmachtsbesser.ch
SP, Grüne, BastA!